

[Handelsblatt.com](https://www.handelsblatt.com) vom 16.11.2023

Politik International
Konjunktur

"Maßlose Regulierung aus Brüssel" - Wie die Bürokratie Europas Wirtschaft schwächt

Europa stagniert. Unternehmen machen die Regelwut der Politik für die Konjunkturmisere verantwortlich. Das Beispiel eines Mittelständlers zeigt das Ausmaß der Belastung.

Hohe Inflation, steigende Zinsen, lähmende Bürokratie: Unternehmen leiden unter den ökonomischen Rahmenbedingungen in Europa und beklagen einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit. Besondere Unruhe herrscht im Mittelstand: In einem Brief an die EU-Kommission schreibt die Stiftung Familienunternehmen und Politik, die Firmen seien "in großer Sorge, weil Europa in seiner wirtschaftlichen Dynamik hinter andere Weltregionen zurückgefallen ist".

Aktuelle Konjunkturzahlen bestätigen diese Einschätzung: In ihrer Herbstprognose senkte die EU-Kommission am Mittwoch ihre Wachstumserwartungen. Für das laufende Jahr sagt sie nur noch ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,6 Prozent voraus - das sind 0,2 Prozentpunkte weniger als noch im Sommer erwartet.

Auch im kommenden Jahr soll die Wirtschaftsleistung langsamer wachsen - um 1,3 statt 1,4 Prozent. Die Bundesrepublik, lange Wachstumstreiber der EU, hinkt auch dem Rest Europas noch hinterher. 2023 wird die deutsche Wirtschaftskraft um 0,3 Prozent schrumpfen und 2023 mit 0,8 Prozent Wachstum erneut zu den Schlusslichtern zählen. Aus Sicht der Unternehmen ist klar: Neben makroökonomischen Faktoren wie Kaufkraftverluste durch hohe Energiepreise ist die europäische Bürokratie ein zentrales Hemmnis im internationalen Wettbewerb mit China und den USA.

Die "maßlose Regulierung aus Brüssel" schränke Unternehmen immer weiter ein, klagt die Stiftung Familienunternehmen in ihrem Schreiben an die Kommission. Die Gesetze schrieben den Firmen in immer größerer Detailtiefe vor, wie sie zu handeln hätten. Besonders kritisch sieht der Lobbyverband verschiedene "grüne" Gesetze wie die Nachhaltigkeitsberichterstattung, die Lieferkettenrichtlinie sowie den CO₂-Grenzausgleichsmechanismus.

Als Beispiel nennt der Brief ein namhaftes deutsches Familienunternehmen aus dem Bereich Luftfiltration mit 22.000 Mitarbeitern. Die Nachhaltigkeitsberichterstattung bedeute, dass die Firma nun für 79 Gesellschaften jeweils 1149 Datenpunkte bewerten und erfassen müsse. Das koste einmalig etwa fünf Millionen Euro, hinzu komme ein Vielfaches für Compliance-Personal, Beratung und neue IT-Systeme.

Draghi neue Retterrolle

Die Stiftung sieht einen "kritischen Punkt" erreicht. "Wir appellieren an die EU, diesen Kurs zu beenden und stärker auf marktwirtschaftliche Lösungen zu vertrauen." Auch Konzernchefs sind alarmiert.

In einer Umfrage des Unternehmensverbands Conference Board unter mehr als 50 europäisch CO₂-Grenzausgleichsmechanismen Vorstandsvorsitzenden und Aufsichtsratschefs gaben 86 Prozent an, dass die EU-Regulierung bedeutende Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit Europas in den kommenden drei Jahren haben werde.

Lesen Sie hier: Industrie und Klimaschützer halten CO₂-Speicherung für unverzichtbar

Die Regulierung sei das größte Risiko für die Wettbewerbsfähigkeit, sagte Martin Bruder Müller, Chef des Chemiekonzerns BASF und Präsident des European Roundtable for Industry (ERT). Er forderte EU-Kommission und EU-Parlament auf, das Thema zur Priorität in der nächsten Legislaturperiode ab 2024 zu machen.

Pläne dafür gibt es in Brüssel bereits. EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen (CDU) hat den früheren italienischen Ministerpräsidenten und ehemaligen Chef der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, gebeten, Europas Wettbewerbsdefizite zu analysieren.

Der Draghi-Bericht wird im kommenden Sommer erwartet. Auf einer Konferenz der "Financial Times" zeichnete Draghi vergangene Woche ein düsteres Bild der ökonomischen Lage: "Die europäische Wirtschaft hat in den letzten mehr als 20 Jahren an Wettbewerbsfähigkeit verloren, nicht nur gegenüber den Vereinigten Staaten, sondern auch gegenüber Japan, Südkorea und natürlich China."

Für den wirtschaftspolitischen Sprecher der konservativen EVP-Fraktion im Europaparlament, Markus Ferber (CSU), ist klar,

dass Europas Probleme in erster Linie "hausgemacht" sind. Die Kommission habe die Wirtschaftspolitik jahrelang vernachlässigt, deshalb brauche es nun "eine 180-Grad-Wende".

Lesen Sie hier: EU-Parlamentspräsidentin Metsola verspricht weniger Bürokratie

Unter dem Druck der EVP hatte Kommissionspräsidentin von der Leyen zuletzt versprochen, die Berichtspflichten für Unternehmen um 25 Prozent zu senken. Ihre im Oktober vorgelegten Vorschläge reichen ihren Parteifreunden und der Wirtschaft jedoch nicht aus. "Das angekündigte Bürokratieabbaupaket kann nur der erste Schritt sein", sagte Ferber. Es brauche eine neue "Angebotspolitik" für Wachstum und Beschäftigung.

Initiative als "richtiges Signal"?

Die Stiftung Familienunternehmen bezeichnet von der Leyens Initiative zum Abbau von Berichtspflichten als ein richtiges Signal. Der Umfang sei jedoch "homöopathisch", die Umsetzung ungewiss.

Die Familienunternehmen fordern deshalb, die geplante EU-Lieferkettenrichtlinie, die noch über das deutsche Lieferkettengesetz hinausgeht, ganz zu streichen. Ziel des EU-Gesetzes ist es, Unternehmen dazu zu verpflichten, die Einhaltung von menschenrechtlichen und ökologischen Standards nicht nur im eigenen Haus, sondern auch bei ihren ausländischen Lieferanten und deren Zulieferern zu überprüfen. Das ist für viele Unternehmen mit einem zusätzlichen Verwaltungsaufwand verbunden.

Die Wirtschaft sieht die Brüsseler Versprechen zum Bürokratieabbau als Lippenbekenntnisse. Der Umfrage des Conference Board zufolge rechnen 83 Prozent der Konzernchefs nicht damit, dass die EU die bürokratische Belastung nennenswert reduzieren wird. Optimistischer sehen die Wirtschaftsführer die EU-Pläne für grüne Investitionen.

Eine Mehrheit erwartet ehrgeizige Vorschläge für den Umbau der Energie-Infrastruktur in den kommenden drei Jahren. Allerdings bezweifeln 70 Prozent auch, dass die EU die richtigen Verwaltungsprozesse für den grünen Umbau der Wirtschaft hat. Entsprechend düster sehen die Unternehmenschefs die ökonomischen Aussichten Europas.

Lesen Sie hier: Habeck will zahlreiche Meldepflichten für Unternehmen streichen

61 Prozent geben an, die europäische Wirtschaft laufe derzeit schlechter als vor sechs Monaten. 43 Prozent erwarten, dass sich die Lage auf absehbare Zeit weiter verschlechtert. Nur neun Prozent sind mit Blick auf die kommenden sechs Monate optimistisch. "Wir befinden uns weltweit in einer Umgebung der Unsicherheit - und es ist nur natürlich, dass dies auf das Vertrauen schlägt", sagte Brudermüller. "Aber Europa begegnet diesen multiplen Krisen nicht aus einer Position der Stärke."

Risikofaktor Nahost

Einer der wichtigsten Gründe dafür sind Kaufkraftverluste durch die hohe Inflation. Die Prognose der Kommission macht deutlich, wie mühsam der Kampf gegen den Preisauftrieb ist: Zwar werde die Inflationsrate in der Euro-Zone von 5,6 Prozent 2023 auf 3,2 Prozent im Jahr 2024 sinken.

Erst 2025 werde die Teuerung mit 2,2 Prozent aber wieder in Reichweite des Zwei-Prozent-Ziels liegen, das die EZB anstrebt. Kommissionsvize Valdis Dombrovskis sprach von "herausfordernden" Zeiten für die Wirtschaft, "die durch die Auswirkungen des russischen Krieges in der Ukraine, schwache weltweite Nachfrage und höhere Verbraucherpreise in Mitleidenschaft gezogen wurde".

EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni warnte zudem vor möglichen Folgen des Nahostkriegs. Zwar habe der Einmarsch der israelischen Armee in den Gazastreifen für Europa bisher nur begrenzte wirtschaftliche Auswirkungen gehabt. "Aber die zunehmenden geopolitischen Spannungen haben die Unsicherheit weiter erhöht." Eine Eskalation könnte den Ölpreis in die Höhe treiben und zu Versorgungsengpässen führen, fürchtet die Kommission. Viel darf nicht schiefgehen, wenn sich die Prognose für eine konjunkturelle Erholung im kommenden Jahr bestätigen soll.

Mehr: "Vertrauen in Standort Deutschland ist erschüttert"

*Koch, Moritz
Volkery, Carsten*

Quelle: [Handelsblatt.com](https://www.handelsblatt.com) vom 16.11.2023

Rubrik: Politik International

Dokumentnummer: HB_29503418

Dauerhafte Adresse des Dokuments: https://archiv.handelsblatt.com/document/HBON_HB_29503418

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH - Zum Erwerb weitergehender Rechte:
nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

